



Frauen Union

Frauen Union der CDU · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin

An den Bundesvorstand
An die Landesvorsitzenden
An die Bezirksvorsitzenden
An die Kreisvorsitzenden
der Frauen Union der CDU
An die Landesgeschäftsführerinnen
zur Kenntnis

Berlin, 16.11.11

Liebe Frauen,

im Vorfeld des Bundesparteitages haben wir im Vorstand der Frauen Union und beim Delegiertentreffen unser Vorgehen zum Betreuungsgeld abgestimmt. Nachdem der Bundesparteitag der CDU den Antrag der Frauen Union mit einer ergänzten Empfehlung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen hat, möchte ich Sie über die Diskussion und unser weiteres Vorgehen informieren.

Die Frauen Union hat anlässlich des Bundesparteitags der CDU einen Antrag zum Betreuungsgeld gestellt (Antrag C 3 „Wahlfreiheit verwirklichen – Erziehungsleistung anerkennen – Bildungschancen ermöglichen“). Entsprechend der Beschlusslage der Frauen Union haben wir uns in diesem Antrag gegen eine Barauszahlung des Betreuungsgeldes ausgesprochen und Alternativen aufgezeigt.

Mit der überraschenden Entscheidung des Koalitionsausschusses vom 6.11.2011 haben sich die Koalitionsparteien auf eine Barauszahlung des Betreuungsgeldes als Teil des Beschlusspakets geeinigt. Diese Einigung hat uns in eine schwierige Situation bei den Antragsberatungen gebracht.

In der Aussprache des Parteitags haben wir deutlich gemacht, dass sich die überwältigende Mehrheit der Frauen Union gegen eine Barauszahlung ausgesprochen hat und sich für eine nachhaltige Ausgestaltung des Betreuungsgeldes einsetzt, die direkt den Müttern zu Gute kommt.

Wir haben jedoch die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mitgetragen, weil wir nach Gesprächen mit der CDU-Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Angela Merkel, und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, in der Empfehlung der Antragskommission verankert haben: „Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge

**Frauen Union der
CDU Deutschlands**

Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Telefon 030/22070-452
Telefax 030/22070-439
www.frauenunion.de
fu@cdu.de

Bundesvorsitzende
Prof. Dr. Maria Böhmer MdB

CDU

an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen mit dem Ziel, über die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 6. November 2011 hinaus, die Anerkennung von Erziehungsleistungen in der Rente auf der Grundlage des Beschlusses vom 17. Parteitag 2003 („Deutschland fair ändern“) weiter zu verbessern.“

Zur Erinnerung: Beim CDU-Bundesparteitag 2003 hatten wir diesen Beschluss zur Aufwertung der Kindererziehungszeiten in der Rente erstritten. Eine Umsetzung des Beschlusses ist bisher jedoch nicht erfolgt. Deshalb haben wir bei diesem Bundesparteitag in Leipzig mit allem Nachdruck auf die Umsetzung gedrängt. Es kommt nun darauf an, dass wir dabei gemeinsam am Ball bleiben. Dazu stehen jetzt die notwendigen Gespräche in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an.

Ich möchte Sie sehr herzlich darum bitten, dass Sie als Landes-, Bezirks- und Kreisverbände die Umsetzung mit befördern. Deshalb haben wir im Kreis der Frauen Union in Leipzig vereinbart, dass Sie sich auf Ihrer Ebene für die Umsetzung stark machen.

Wenden Sie sich an Ihre Bundestagsabgeordneten, Ihre CDU-Landesvorsitzenden und Ihre CDU-Kreisverbände und werben Sie um Unterstützung. Es darf nach acht Jahren keine Vertröstungen mehr geben.

Um ein kraftvolles Signal zu setzen, wollen wir eine Postkartenaktion starten. Werben Sie für unsere Forderungen auch bei anderen Frauenverbänden. Informationen dazu werden Sie in Kürze erhalten.

Wir werden mit ganzer Kraft für eine bessere Anerkennung der Erziehungsleistungen in der Rente kämpfen - machen Sie mit!

Unklar ist weiter, wie die Ausgestaltung des Betreuungsgeldes aussieht. Es darf nicht zu Fehlanreizen kommen und die Regelung darf nicht dazu führen, dass Kinder bei der frühen Förderung das Nachsehen haben.

Die Frauen Union der CDU wird Sie über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Karin Baier'.